

05.04.2012 - „Was gesagt werden Muss ...“ und nicht verschwiegen werden darf

Stellungnahme der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V. zum Gedicht von Günter Grass

Wir, die Mitglieder der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost, gratulieren Günter Grass für seine aufrichtige Aussage in bezug auf die Atompolitik Israels. Auch wenn Günter Grass durch sein langes Schweigen über seine ehemalige Angehörigkeit zur Waffen-SS Glaubwürdigkeit in Sachen NS-Aufarbeitung einbüßt, so zeigt die hysterische Reaktion jüdischer und nicht-jüdischer Deutscher deutlich, dass er ins Ziel getroffen hat. Mit Recht weist Grass auf die überlegene Stärke der vierten Atommacht des Staates Israel und die Gefahr eines tödlichen Kriegs, der mit oder ohne Unterstützung der USA den ganzen Nahen Osten in Mitleidenschaft ziehen und möglicherweise auf die restliche Welt übergreifen würde. Der Wunsch der im Iran Herrschenden, dass das "zionistische Regime" verschwinden möge, hat seine genaue Entsprechung im Wunsch der USA und Israels, dass das "islamistische Mullah-Regime" verschwinden möge. Unsere Medien und Politiker verteufeln das eine als "Vernichtungsdrohung gegen die Bevölkerung" und spielen das andere als "berechtigte Forderung" herunter.

Wir verteidigen das Recht aller deutscher Bürger und Bürgerinnen die menschenverachtende Politik des Staates Israel zu kritisieren, ohne als Antisemiten diffamiert zu werden. Diese Taktik dient nur dazu, jegliche Kritik an der israelischen Politik abzuwürgen, wie auch vom real existierenden Antisemitismus abzulenken. Ein „jüdischer“ Staat sollte und wollte ein Staat sein wie jeder andere und als solcher Muss auch Israel Menschenrechte respektieren und sich dem Völkerrecht beugen, ohne wegen der Vergangenheit einen Ausnahmestatus zu beanspruchen. Wie Günter Grass unterstreicht, sollte gerade Deutschland sich nicht zum Handlanger einer neuen Katastrophe machen. In diesem Zusammenhang ist es mehr als bedenklich, dass die von der Bundesrepublik an Israel gelieferten U-Boote mit atomaren Sprengköpfen aus gerüstet werden können. Auch deshalb beobachten wir die Waffenlieferungen der Bundesregierung an Israel mit Sorge und fordern diese auf, den nötigen Druck auszuüben, auch durch Sanktionen, um Inspektionen und Kontrollen des israelischen Atomprogramms zu ermöglichen wie für jedes andere Land üblich ist. Als Jüdische Stimme befürworten wir einen atomfreien Nahen Osten.

Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V.

05.04.2012